

# Geldflucht – Wohin geht die Reise?

Norbert Rost



**A**nfang August war Aufatmen angesagt, als sich die US-Politiker doch noch darauf einigten, die Schuldengrenze des Staates anzuheben. Die 14,3 Billionen Dollar der Vergangenheit waren ausgegeben, es drohte die Zahlungsunfähigkeit. Staatsangestellte hätten zuhause bleiben müssen, Rentner hätten vergeblich auf Schecks gewartet. Geeinigt haben sich die zwei großen politischen Flügel der USA nicht nur auf eine Anhebung der Schuldengrenze um über 2 Billionen Dollar, sondern auch darauf, über Einsparungen bei den Staatsausgaben zu verhandeln. Unmittelbar nach Inkrafttreten des Gesetzes wurden frische Kredite in Höhe von 236 Milliarden Dollar aufgenommen und damit die Schuldenquote des Staates auf über 100% des Bruttoinlandsprodukts katapultiert.<sup>[1]</sup>

.....

**G**leichzeitig war die Presse voll von Berichten über einen Anstieg des Goldpreises und darüber, dass verschiedene Währungen gegenüber dem Dollar aber auch gegenüber dem Euro wertvoller wurden. Die beiden großen Währungen der Industrienationen erle-

ben derzeit ihre größte Schwäche. Geld kaufen ist die Reaktion der großen Spieler der Finanzbranche – anderes Geld. Im Herbst 2007 musste ein Schweizer noch fast 1,70 Franken auf den Tisch legen, um 1 Euro zu bekommen. Heute zahlt er für die europäische Währung nur noch 1,10 CHF.

Diese Entwicklung zeigt sich beeindruckend in dieser Grafik<sup>[2]</sup>:



Das ist gut für jene Schweizer, die im Euro-Raum einkaufen wollen, aber es ist schlecht für den Tourismus und die Exportwirtschaft der Schweiz, deren Produkte für das Ausland immer teurer wurden. Eine Wirtschaftskrise droht und sie droht nicht deswegen, weil die Schweiz schlecht wirtschaftet oder die Währungspolitik Amok läuft, sie droht, weil in anderen Teilen der Welt die Schulden aus dem Ruder

laufen und die Devisenbesitzer lieber in den Franken flüchten.

Um gegenzusteuern senkte die Schweizer Nationalbank SNB den Leitzins auf einen Korridor zwischen 0 und 0,25%. „Nullzinspolitik nun auch in der Schweiz“ schrieb daraufhin Ralf Streck bei Telepolis.<sup>[3]</sup> Und er beendete seinen Artikel mit:

*„Kurzfristig war die Intervention der Notenbank am Mittwoch zunächst erfolgreich. Der Kurs des Euro stieg gegenüber dem Franken wieder auf 1,11. Ob der Wert der Währung dauerhaft gesenkt werden kann, zweifeln die Experten. Viele gehen davon aus, dass die Interventionen der Notenbanken im besten Fall nutzlos und meistens sogar schädlich seien. Ob es Wirkung hat, dass die SNB ausdrücklich erklärte, sich weitere Interventionen vorzubehalten, muss abgewartet werden. Viele geldpolitische Mittel bleiben ihr nun aber nicht mehr.“*

Der Begriff „Nullzinspolitik“ war in der Vergangenheit eher mit Japan verknüpft. Die Elektronik- und Industrienation auf der anderen Seite des Planeten war seit 1993 in die Deflation gerutscht. Die Geldpolitik reagierte mit Zinssenkungen bis auf

1 [http://finanzen.freenet.de/nachrichten/neue-kredite-fuer-usa-nach-anhebung-des-schuldenlimits\\_2823214\\_993562.html](http://finanzen.freenet.de/nachrichten/neue-kredite-fuer-usa-nach-anhebung-des-schuldenlimits_2823214_993562.html)

2 <http://www.osnanet.de/nmzf/chf.png>,  
Langfristcharts.de

3 <http://www.heise.de/tp/blogs/8/150247>

und zeitweise sogar unter null. Und sie weitete die Geldmenge aus. Der Staat sprang nach Keynes'scher Manier ein und investierte geliehenes Geld, um die ausgewachsene Volkswirtschaft zu weiterem Wachstum zu animieren. Das billige Geld verlockte auch Ausländer dazu, Kredite in japanischen Yen zu niedrigen Zinsen aufzunehmen, die Yen auf dem Währungsmarkt gegen heimische Währung zu verkaufen und damit günstig zu investieren. Wenn jedoch große Mengen einer Währung verkauft werden, sinkt deren Wechselkurs – für den Export aus Japan ist dies grundsätzlich hilfreich. Doch im Zuge der Währungskrise wurde der Yen als Fluchtwährung genutzt und sein Preis stieg im Vergleich zu Dollar und Euro an, was nun auch die Japaner zu weiteren Interventionen provozierte: Nahezu zeitgleich mit der Schweiz begann die japanische Notenbank, Dollar und Euro gegen Yen zu verkaufen.<sup>[4]</sup> Der Preis dieser Strategie: Die Menge der umlaufenden Yen steigt, genau wie die Menge der umlaufenden Schweizer Franken.



Sowohl die Schweiz als auch Japan spülen derzeit mehr heimisches Geld in die Wirtschaft, um deren Außenwert zu schwächen. So prestigeträchtig es auch klingt, „Fluchtwährung“ zu sein und als stabiler und besser zu gelten als Euro und Dollar, so hinderlich ist eine starke heimische Währung für den Export. Das ökonomische Wettrüsten zeigt seine Schattenseiten: Selbst halb-

4 <http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/0,1518,778282,00.html>

wegs stabile Währungsräume werden durch die Exportorientierung ihrer Ökonomien in einen Abwertungskampf der eigenen Währung gezwungen. Was

- 2007 mit der Immobilienkrise in den USA an die Oberfläche drang,
- sich hin zu einer Bankenkrise mit dem Sterben von Lehman-Brothers (USA), Kaupthing (Island) oder der Sachsen LB entwickelte,
- deren Ausufern nur durch massive staatliche Interventionen verhindert werden konnte
- ließ weltweit die Staatsschulden explodieren und in den Fokus von Anlegern, Ratingagenturen und Medien rücken
- und führte zu einer sehr lockeren Geldpolitik der „Währungshüter“, die mit einer Ausweitung der Geldmengen die akuten Schocks milderten.

Die Suche nach neuen Nachschuldern, die in der Lage sind die systemimmanente Ausweitung der Schuldenmenge aufzunehmen, ist bei den Staaten angekommen und führt bereits in Griechenland, Italien oder Spanien zu kaum handhabbarem Druck. Die Freisetzung neuer Geldmengen in den Krisenländern saugt über den Export- und Abwertungskampf auch bislang nicht betroffene Länder in den Strudel. Sie importieren die Inflation von anderswo, indem sie durch zusätzliche Geldmengen gegensteuern. Doch wie weit lässt sich die Exportschraube überhaupt noch drehen? Wenn alle exportieren wollen, wer importiert dann? Das Handelsbilanzdefizit der USA ist bereits so groß, dass auch die USA mal wieder zum Exporteur werden sollten, wenn sie ihre Schulden abbezahlen wollen – aber welche Volkswirtschaft der Welt will überhaupt, dass die USA statt als „Gütersenke“ als „Güterquelle“ auftreten?

Was wir erleben dürfte zum Tod der bekannten Währungen führen. Inflationsspiralen werden Geldschulden und Geldvermögen einbrennen, steigende Zinsen und Unsicherheiten werden zu weltweiten Wirtschaftskrisen führen. Neue Währungen werden auftreten, deren Überleben alles andere als sicher ist. Eine Rückkehr zur D-Mark, wie sie im Zuge der Krise diskutiert wird, würde ebenfalls ein Intermezzo von kurzer Dauer sein. Sie würde die deutsche Exportorientierung bereits bei der Einführung demontieren und das vielleicht anfänglich starke Vertrauen – ähnlich wie derzeit in Yen und Schweizer Franken – würde mit Beibehaltung der Wirtschaftspolitik durch exportfördernde geldpolitische Maßnahmen zunichte gemacht werden.

Stabilität wird sich erst wieder einstellen, wenn mit der Geldpolitik auch die Wirtschaftspolitik überdacht wird. Die Verknappung natürlicher Ressourcen als auch die Wachstumsgrenzen, an die wir stoßen (sowohl was den Output unserer Ökonomien als auch die Abfallaufnahme unseres Planeten betrifft), stellen unsere Wirtschaftsweise grundsätzlich infrage. Allein mit Geldpolitik ist den Rissen in der Industriegesellschaft nicht mehr beizukommen. 

	<b>Zum Autor</b> Norbert Rost, Diplom Wirtschaftsinformatiker
	Büro für postfossile Regionalentwicklung Dresden
	<b>Webseiten:</b> <a href="http://www.peak-oil.com">www.peak-oil.com</a> <a href="http://www.regionalentwicklung.de">www.regionalentwicklung.de</a>